



Bonn, den 14. November 2012

Stellungnahme Organtransplantation

Bonn-Bad Godesberg. Die Delegiertenversammlung der Evangelischen Frauenhilfe im Rheinland spricht sich für eine bewertungsfreie und entscheidungsneutrale Diskussion zum Thema Organtransplantation aus.

Das neue Gesetz zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz fordert von jeder Bürgerin/jedem Bürger die Auseinandersetzung mit dem Thema Organentnahme für die eigene Person. Das Ziel des Gesetzes ist es,

die Bereitschaft, Organe zur Verfügung zu stellen, zu erhöhen. Dies widerspricht einem offenen Diskurs, in dem zweckfrei die Argumente verhandelt werden können. Dabei geht es um nichts weniger als die Fragen nach Leben, Sterben und Tod, nach dem Menschenbild und den Grenzen des Lebens. Die Definition des Todes als Hirntod durch die Bundesärztekammer ist eine medizinische Definition, über die auch in medizinischen Kreisen kontrovers diskutiert wird. Notwendig ist eine breite öffentliche, theologische und ethische Debatte, wie sie auch im Deutschen Ethikrat im März stattgefunden hat.

Die Delegierten der Frauenhilfe kritisierten auf ihrer Konferenz Ende Oktober die sprachliche Manipulation in der öffentlichen Berichterstattung. Durch die Wortwahl wie „Spende“, „Geschenk des Lebens“, „Rettung“ wird die Bereitschaft zur Organentnahme zu einer inneren Pflicht. Wer „aufgeklärt“ ist, kann nicht mehr gegen die Organtransplantation sein.

Dazu kommt, dass die Einwilligung zur Organentnahme von den beiden großen Kirchen als „Akt der Nächstenliebe“ theologisch qualifiziert wird, was eine unangemessene Wertung der Entscheidung impliziert. Stattdessen erfordert das Thema eine weite theologische Debatte, die durch die Universitäten bis in die Gemeinden reichen muss. Die Organentnahme am Ende des Lebens ist eine fundamentale Anfrage an das christliche Menschenbild, das sich vom medizinischen Menschenbild unterscheidet. **Die Delegiertenversammlung fordert, dass die Evangelische Kirche ihre Mitglieder zu einer unabhängigen Entscheidung in ihrem Gewissen befähigt.**

Die Organentnahmeskandale und die Berichte über illegalen Organhandel zeigen, dass der wirtschaftliche Aspekt beim Thema Organtransplantationen eine bedeutende Rolle spielt.

Die Evangelische Frauenhilfe im Rheinland fordert, dass die Organisation der Organtransplantation unter staatliche Kontrolle gestellt wird, damit Manipulationen, Missbrauch und Korruption unterbunden werden können.

Die Angehörigen und die Betreuungsteams in den Intensivstationen sind großen seelischen Belastungen ausgesetzt, wie Erfahrungsberichte zeigen.

Deshalb fordern wir unabhängige psychologische und seelsorgliche Begleitung für die Angehörigen und die Betreuungsteams in den Transplantationszentren, die durch die Krankenkassen finanziert wird.





Evangelische Frauenhilfe im Rheinland

Kontakt

Evangelische Frauenhilfe im Rheinland
Christine Kucharski
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ellesdorfer Straße 52 - 53179 Bonn
Telefon: (0228) 9541 117
Telefax: (0228) 9541 100
E-Mail: oeffentlichkeit@frauenhilfe-rheinland.de

Hintergrundinformationen

Der **Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe im Rheinland e.V.** ist die Dachorganisation für rund 40 000 Mitglieder, die in rund 1.200 Gruppen und 38 Kreisverbänden im Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland organisiert sind. Die Evangelische Frauenhilfe im Rheinland e.V. ist ein Verband ehrenamtlich aktiver Frauen, die sich als Christinnen engagieren. Seit mehr als 110 Jahren vertritt der Verband die Interessen und Anliegen von Frauen in der Evangelischen Kirche im Rheinland und darüber hinaus. Er ist Träger einer Weiterbildungseinrichtung und diakonischer Einrichtungen für die Altenhilfe und der Müttergenesung.

Weitere Informationen unter: www.frauenhilfe-rheinland.de